

## Gefährlich unterkomplex

Zu: „Eine Bombe für den Linksextremismus“, FR-Regional vom 13. Februar

Hessen hat ein Problem mit dem Rechtsterrorismus – hat das die schwarz-grüne Regierung begriffen? Die Liste der rechtsterroristischen und rassistisch motivierten Anschläge in Hessen ist lang: Sie reicht vom Mord des NSU an Halit Yozgat in Kassel im Jahr 2006, dem Überfall einer rechtsextremen Gruppe auf ein Sommercamp der Linksjugend 2008 im Schwalm-Eder-Kreis, dem Mord an einem aus Ruanda stammenden Mann in einer Limburger Unterkunft für Wohnungslose 2014 über den Mord an Walther Lübcke im Juni 2019 bis zu der Ermordung von neun Menschen in Hanau. Wie verhielt sich die Landesregierung zu diesen Taten? NSU-Akten sollen mit Zustimmung des grünen Koalitionspartners für Jahrzehnte unter Verschluss bleiben. Zum Überfall auf das Sommercamp ist ebenso wenig eine Reaktion der Regierung bekannt wie auf den Mord in Limburg. Erst die Ermordung von Walther Lübcke erschüttert die Verantwortlichen im Land. Der Mord, so Bouffier, zeige „wie durch ein Brennglas“ die Herausforderungen durch den Rechtsextremismus.

Und auch die jüngste Tat in Hanau mit neun Toten fordert die Landesregierung heraus. So erklärt der Ministerpräsident auf einer Gedenkveranstaltung, gerade jetzt gelte es zusammenzustehen. Bouffier sprach von einem „Tag des Grauens“, einem „Tag der Erschütterung“ und forderte, mit aller Entschlossenheit dem

„Klima des Hasses und der Hetze entgegenzutreten“.

Was ist von diesen hohen Worten zu halten? Welche Taten müssen ihnen, abgesehen von der Aufrüstung der Polizei und der Sicherheitsdienste, folgen? Es kommt nicht von ungefähr, dass viele seriöse Medien von ARD über Monitor bis FAZ Zweifel an einem entschiedenen Vorgehen gegen Rechtsextremismus insbesondere in Hessen thematisieren.

Die Zweifel werden bestärkt, wenn man sich ansieht, was die Landesregierung gerade für die Schulen plant. Unter dem Titel „Aufgeklärt statt autonom“ soll eine Kampagne gestartet werden, die mit zehn Plakaten vor den Gefahren des Linksextremismus warnt. Bomben mit brennender Zündschnur, Deutschland als brennendes Land und Fragen wie „Warum ist Gewalt für Autonome wichtig?“ oder die Unterscheidung von linksextremem und demokratischem Faschismus offenbaren ein gefährlich unterkomplexes Weltbild und decken auf, wen die hessische Landesregierung als Hauptfeind auserkoren hat. Auch nach Hanau muss man daher befürchten, dass hohen Worten gegen Rechtsextremismus keine Taten folgen, die Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus ächten und demokratische Werte wie Solidarität, Menschenwürde, Akzeptanz von Vielfalt und gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe fördern.

Helmi Karst, Mühlheim a.M.

## Ein Einwanderungsgesetz aus Eigennutz

Fachkräftemangel: „Das große Anwerben“, FR-Tagesthema vom 18. Februar:

Die Geschichte ist nicht neu (siehe insbesondere Ende der 1960er, Anfang 70er Jahre), aber sie ist so typisch. Sobald das Hemd näher als die Hose ist, kriegt die Bundesrepublik Beine und katapultiert ein passendes Gesetz auf den Markt. In diesem Fall das Fachkräfte-Einwanderungsgesetz, um den Mangel an (Fach-) Arbeitskräften beheben zu wollen. Die gleiche Prozedur – Eigennutz pur! Wie es um die Geberländer (Spanien, Mexiko, Brasilien usw.) mit ihren Arbeitsmarkt-Problemen steht – egal.

Mit der Mentalität alter Kolonialherrschaft, nur eben marktkonform, werden die jungen Arbeitskräfte und Talente aus dem Ausland abgezogen (Fachminister auf Reisen). Was die Bundesrepublik in Ausbildung, Bildung

und Berufsqualifikation nicht hinkriegt, wird in ausbeuterischer Weise ausgelagert. Nebenbei besitzt der deutsche Behördenapparat auch noch die Frechheit, qualifizierten Frauen und Männern ihre Diplome und Berufsabschlüsse abzuerkennen und sie quasi als Hilfskräfte beschäftigen zu lassen. In Kliniken und in Pflegediensten ist das Praxis!

Dass die abgeworbenen Arbeitskräfte in Deutschland immer noch einen weit höheren Einkommensstandard haben als in ihren Heimatländern, ist – trotz unfairer Beschäftigungsverträge – bekannt. Gegen die Absicht beziehungsweise die Notwendigkeit, Deutschland zu einem fairen Zuwanderungsland zu machen, ist grundsätzlich nichts zu sagen. Aber das sollte

nicht der Not gehorchend realisiert werden, sondern aus einer generell offenen Haltung gegenüber Menschen, die zu uns kommen wollen und müssen (Flüchtlinge, Emigranten).

Was jetzt gerade passiert ist pure Heuchelei und Geschäftemacherei. Wenn schon jetzt bei der Rekrutierung ausländischer Arbeitskräfte private Dienstleister mitmischen, dann kann man noch so oft von „transparenten Qualitätsstandards“ (Daniel Terzenbach von der Bundesagentur für Arbeit) faseln – wer die Nutznießer dieser Transaktionen sind, dazu braucht man gerade mal fünf Finger abzuzählen.

„Willkommenskultur aus Pragmatismus“ hört sich auch ganz nett an.

Jürgen Malyssek, Wiesbaden

## Ständig auf der Überholspur

Zu: „Langer Urlaub wider Willen“, FR-Panorama vom 6. Februar

Das Thema des Artikels an sich ist sehr ernst, liefert jedoch stilistisch für diese Betrachtung den Grund des Schreibens. Es soll ja Menschen, auch Journalisten, geben, die aus Sorge um mangelhafte Korrektheit ständig auf der Überholspur fahren. Der Verfasser oder die Verfasserin quillt geradezu über vor Gleichstellungs-

wahn: Patientinnen und Patienten, Passagierinnen und Passagieren, Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, Bürgerinnen und Bürger. Ganze acht Mal in diesem kleinen Artikel. Allerdings versagte seine/ihre Kunst bei „Gäste“, „Tote“, „Landsleute“, „Ärzte“, „Crew-Mitglieder“, „Erkrankte“. Da konnte er/sie offen-

sichtlich das weibliche Gen nicht finden. Dann halte man sich lieber an J.W. Goethes Vermächtnis wie „Das ewig Weibliche zieht uns hinan“ und drücke sich einfach und normal aus, was in den wohl meisten Fällen nicht als diskriminierend wahrgenommen werden dürfte – bis auf den Verfasser. Gottfried Ahrendt, Frankfurt

# HP\_0LES02FRDA - B\_180334

